



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 6
Dienstag, 24. Mai 2011
18:17 - 20:40 Uhr
Kantonsratssaal Rathauslaube
Genehmigt am: 07.06.211

Vorsitz:	Edgar Zehnder	SVP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Gädi Distel Beat Steinacher	CVP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 31 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	SR Peter Käppler Theresia Derksen Martin Egger Daniel Schlatter Christine Thommen	Baureferent CVP FDP SP FDP
Anfang der Sitzung:	Beat Steinacher	SP
Schluss der Sitzung:	SR Urs Hunziker Till Hardmeier Thomas Hauser Katrín Hauser-Lauber Urs Tanner	Schulreferent JFSH FDP FDP SP

TRAKTANDEN

1 **VdSR Systematisierte Leistungsanalyse (SLA)
Massnahmenpaket 1**

Seite 144

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

30.11.2010	VdSR Agglomerationsprogramm Schaffhausen-Orientierungsvorlage	FK Bau
17.12.2010	VdSR Sanierungsarbeiten Schulraum Zentrum	FK Bau
15.02.2011	VdSR Überführung der Pilotphase Finanzhilfe für Pflegende Angehörige (Motion Iren Eichenberger vom 19.03.1996) ins Definitivum	FK Soziales
22.02.2011	Postulat Andi Kunz (AL): Demokratie beginnt nicht erst mit 18, (neue) Möglichkeiten der politischen Partizipation für Kinder und Jugendliche	
22.02.2011	Postulat Urs Tanner (SP): Beitritt in den Verein KLAR Schaffhausen	
22.02.2011	VdSR Sanierung und Verkauf Marienstift, GB 714, Mühlenstrasse 87	GPK
01.03.2011	VdSR Strategie für die städtischen Restaurants	GPK
09.03.2011	Motion Urs Tanner (SP): Mitteltransparenz bei Abstimmungen und Wahlen	
17.03.2011	Interpellation Till Hardmeier (JFSH): Haben wir die richtigen Leute im Baureferat?	
06.04.2011	Interpellation Walter Hotz (FDP): Zielorientierung und Visionen bei den Jahresgesprächen	
12.04.2011	Postulat Thomas Hauser (FDP): Vergrößerung der Pumpspeichieranlage Engeweiher und/oder Bau einer zweiten Anlage im Eschheimertal	
05.05.2011	Postulat Christa Flückiger (SP): Leere Dienstwohnungen in den Schulhäusern der Stadt Schaffhausen	
10.05.2011	Jahresrechnung 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen	GPK
10.05.2011	VdSR der Städtischen Werke für die Periode 2011-2015 vom 22. März 2011 (Direkttraktandierung ohne Vorberatung)	
24.05.2011	Postulat Till Hardmeier (JFSH): Zusammenarbeit senkt Kosten und bringt Vorteile	
24.05.2011	Postulat Res Hauser (JFSH): Sponsoring soll vermehrt als Einnahmequelle genutzt werden	

KLEINE ANFRAGEN 2011:

- Walter Hotz (FDP):
Zusatzfragen: Städtische Werke Cinema, Ökopropaganda auf Rechnung der Strom-, Gas- und Wasserkonsumenten, Eingang 10. März 2011
- Dr. Raphaël Rohner (FDP):
Parkplatzkonzept für das Quartier Breite, Eingang 18. März 2011
- Walter Hotz (FDP):
Marketing Ziele und grundlegende Museumsstrategie der Stadt Schaffhausen, Eingang 18. April 2011
- Christine Thommen (FDP):
Frauenanteil im Kader der städtischen Verwaltung, Eingang 3. Mai 2011
- Katrin Hauser-Lauber (FDP):
Boot-Stopp am Lindli von der Stadt Schaffhausen "empfohlen"?, Eingang 12. Mai 2011

- Christa Flückiger (SP):
Zukunftsperspektiven für die Schulen der Stadt Schaffhausen, Eingang 18. Mai 2011
- Dr. Cornelia Stamm Hurter/Hermann Schlatter (SVP):
Aufwertung der Poststelle 8204 Schaffhausen/Breite, behindertengerechter Zugang zu städtischen Liegenschaften, Eingang 24.05.2011

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR vom 3. August 2010: Systematisierte Leistungsanalyse (SLA) - Massnahmenpaket 1

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrats vom 3. August 2010, den Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 7. März 2011 sowie die Anträge der Spezialkommission vom 7. März 2011 mit 26 : 0 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates "Systematisierte Leistungsanalyse (SLA) Massnahmenpaket 1" vom 3. August 2010 und vom Bericht der Spezialkommission vom 7. März 2011.
2. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, die Massnahmen 1, 2, 4 und 5 aus Kapitel 5.3 der Vorlage im Sinne der Empfehlungen zu realisieren und Massnahme 11 nicht zu realisieren.
3. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, für die Massnahmen 3, 6, 7, 8, 9, 12, 13 und 14 aus Kapitel 5.3 der Vorlage, die für einen definitiven Entscheid erforderlichen Vorlagen auszuarbeiten und dem Grossen Stadtrat zu unterbreiten.
4. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, die Massnahme 10 zu streichen und nicht weiter zu verfolgen.

Traktandum 2 VdSR vom 22. März 2011: Strategie der Städtischen Werke für die Periode 2011 bis 2015

Die Behandlung dieser Vorlage findet an der nächsten Ratssitzung statt.

Traktandum 3 Verfahrenspostulat Walter Hotz (FDP) vom 21. Dezember 2010: Integration des Ratssekretariats in die Stadtkanzlei

Der Postulant zieht nach kurzer Begründung seinen Vorstoss zurück.

Begrüssung

Der **Ratspräsident, Edgar Zehnder (SVP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 6 vom 24. Mai 2011 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, des Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin und der Herren Stadträte sowie der Medienberichterstatter und der Gäste auf der Tribüne.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Kleine Anfrage Katrin Hauser-Lauber (FDP): Boot-Stopp am Lindli von der Stadt Schaffhausen "empfohlen"?, Eingang 12. Mai 2011
- Kleine Anfrage Christa Flückiger (SP): Zukunftsperspektiven für die Schulen der Stadt Schaffhausen, Eingang 18. Mai 2011

Die GPK meldet die VdSR Hängige Motionen und Postulate vom 5. April 2011 verhandlungsbereit; ebenso wird von der SPK die VdSR Agglomerationsprogramm Schaffhausen verhandlungsbereit gemeldet. Beide Geschäfte werden auf die Traktandenliste der nächsten Ratssitzung aufgenommen.

PROTOKOLL

Das Protokoll der Sitzung Nr. 5 vom 10. Mai 2011 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsicht auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

TRAKTANDEN

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Die Ratssitzung wird aufgrund technischer Probleme (Saalmikrofonanlage) von 18.15 Uhr bis 18.40 Uhr unterbrochen.

Traktandum 1 VdSR vom 3. August 2010: Systematisierte Leistungsanalyse (SLA) Massnahmenpaket 1

Kurt Zubler (SP)

Bericht der SPK

"Ich freue mich, Ihnen über die Kommissionsarbeit der SPK Systematisierte Leistungsanalyse (SLA) - Massnahmenpaket 1 - es handelte sich um eine 11er Kommission - berichten zu können, die an vier Sitzungen getagt hat. Meinen Dank richte ich an den Stadtpräsidenten Thomas Feurer, an die Stadträte Peter Kämpfer, Urs Hunziker und Peter Neukomm, der das Geschäft an allen vier Sitzungen begleitet hat. Zudem wurde er unterstützt von Werner Bianchi, der uns kompetent Auskunft und Einblick in die Tätigkeit geben konnte. Speziell bedanken möchte ich mich bei Ursula Peter, die das Protokoll sehr umsichtig und ausführlich geführt hat. Als es um Geschäfte aus den Bereichen Stadtgärtnerei und Tiefbauamt ging, waren die Herren Felix Guhl und Hansjörg Müller an einer Sitzung ebenfalls anwesend. Danken möchte ich natürlich auch den Mitgliedern der SPK für ihre engagierte Diskussion und die Teilnahme an den Sitzungen.

Das Geschäft ist sehr komplex, da es aus verschiedenen Teilen besteht, beispielsweise stadträtliche Teile, Teile, die das Parlament betreffen sowie einen

gewichtigen informativen Teil. An der ersten Sitzung wurde die Eintretensdebatte geführt, anschliessend der Informationsbereich diskutiert und an den folgenden drei Sitzungen die einzelnen Massnahmen.

Eintretensdebatte:

Die gute sauber aufgearbeitete Vorlage ist von allen Kommissionsmitgliedern gut aufgenommen worden; es wurde allgemein festgestellt, dass ein gewisser Kulturwandel gegenüber dem vorherigen Stadtrat stattfand, insbesondere aber im Vergleich mit dem Projekt OPTI besteht grössere Transparenz, denn es werden konkrete Massnahmen vorgelegt. Eine kritische Stimme fand, dass die angebotenen Leistungen zwar gut dargestellt sind, erachtete aber teilweise die Flughöhe der Vorlage für eine parlamentarische Debatte zu tief. Eintreten wurde einstimmig, bei drei Abwesenheiten, beschlossen. Im anschliessenden Informationsteil wurde erwähnt, dass rund 79% der Ausgaben gesetzlich festgelegt oder betrieblich zwingend notwendig sind. Das ist zwar eine Tatsache, aber sie lässt in der Art und Weise, wie die entsprechenden Aufgaben erfüllt werden, trotzdem einen gewissen Spielraum. Das Sparpotenzial bleibt offen, je nachdem, wie effizient oder aufwendig Pflichtmassnahmen erfüllt werden. Aus der Spannweite der Wortmeldungen zeigt sich bereits in der Eintretensdebatte, in welchem Spannungsfeld sich die Vorlage bewegt. Einerseits hat der SR mit der systematisierten Darstellung und Analyse der städtischen Leistungen ein gutes Instrument entwickelt und dem Parlament mit den daraus abgeleiteten konkreten Massnahmen ein wichtiges Paket zur Diskussion vorgelegt. Insbesondere mit der transparenten Darlegung des Vorgehens und der Konkretisierung der Massnahmen ist es dem Stadtrat gelungen, dem verbreiteten Unbehagen gegenüber der ehemaligen OPTI-Dunkelkammer entgegen zu treten. Gleichzeitig und vielleicht auch zwangsläufig hat er damit aber die durch Zuständigkeitsregelung definierte Flughöhe teilweise verlassen und dem GrSR Massnahmen zur Information und auch zur Entscheidung unterbreitet, die fernab der parlamentarischen Tiefenschärfe, beziehungsweise unserer üblichen Kompetenzen liegen.

Detailberatung:

Keine grossen Diskussionen gab es in der Detailberatung zu den Kapiteln 1-4 (Zusammenfassung, Einleitung, Leistungsvielfalt, Methodik und Vorgaben). Im Wesentlichen wurden diese Kapitel auch gelobt, vor allem die Darstellung der gesamten Leistungsvielfalt. Die Kernaussagen erfolgten bereits in der Eintretensdebatte. Einen ersten Schwerpunkt der Diskussionen in der Spezialkommission bildeten die vom Stadtrat bereits umgesetzten, beziehungsweise beschlossenen Massnahmen der Kapitel 5.1 und 5.2. Gerade bei diesen insgesamt immerhin 41 Massnahmen zeigte sich die bereits angesprochene Problematik dieser Vorlage. Die erwähnten Kapitel haben den Charakter einer Orientierungsvorlage und schaffen somit vor allem Transparenz über das stadträtliche Handeln, liegen aber ausserhalb der Kompetenzen des Parlamentes. Werden sie dem Parlament aber in einer Vorlage unterbreitet, so darf und soll auch darüber diskutiert werden. Folgerichtig wurden trotz seitenweiser Behandlung in der Spezialkommission zu 20 einzelnen Massnahmen weiterführende Fragen gestellt oder auch grundsätzlichere Diskussionen geführt. Bei 13 Massnahmen wurden vom Stadtrat ergänzende Informationen verlangt. Dabei reichte das Spektrum von reinen Verständnisfragen, über das Anzweifeln der geschätzten Ergebnisverbesserung bis zur kritischen Hinterfragung, beziehungsweise Ablehnung einzelner Massnahmen. Der Stadtrat konnte die meisten Fragen abschliessend beantworten. Ich verzichte deshalb darauf, die ganzen Diskussionen detailliert abzubilden und beschränke mich stattdessen auf zwei offene Fragen und eine bereits überholte Massnahme:

Bezüglich des Mehrertrags, der aus der Umsetzung der Immobilienstrategie geschätzt wird, sowie bei der Anpassung des Kostendeckungsgrades bei den Familiengärten blieben bei einzelnen SPK-Mitgliedern Fragen offen. Da es sich jedoch, wie erwähnt, um stadträtliche Massnahmen handelt, die vom Parlament innerhalb dieser Vorlage nicht verändert werden können, wurde beschlossen, diese an die GPK weiterzuleiten, was mit einem Protokollauszug an den GPK-Präsidenten erfolgt ist. Veränderung erfuhr einzig eine Massnahme "Stadtkanzlei", nämlich der Verzicht auf eine Praktikantestelle; dies geschah aber richtigerweise ebenfalls nicht in der SPK, sondern in der GPK, beziehungsweise im Rat, der, wie Sie wissen, die Praktikantenstelle wieder ins Budget aufgenommen hat.

Das eigentliche Kernstück der Vorlage bildet das Kapitel 5.3 mit den vom Grossen Stadtrat zu entscheidenden Massnahmen. Im Unterschied zu den anderen Kapiteln wurde in diesem Teil nicht seitenweise, sondern Massnahme für Massnahme behandelt und abgestimmt. Um ein effizienteres Vorgehen zu ermöglichen, wurden die Massnahmen referatsweise gebündelt, sodass sie an drei Sitzungen, jeweils in Anwesenheit der zuständigen Stadträte und Bereichsleiter, abschliessend diskutiert werden konnten. Über die Massnahmen wurde wie folgt beraten und abgestimmt:

Massnahmen des Kapitels 5.3.1: bereit zur Realisierung

Massnahme 1 Abstimmungen/Wahlen: Reduktion der Wahllokale und Öffnungszeiten
Abstimmungsresultat: 10:0 Stimmen, bei einer Abwesenheit

Hauptdiskussionspunkt: In bestimmten Quartieren könnte ein traditioneller Quartiertreffpunkt verloren gehen. Am meisten betroffen ist wohl die ältere Generation. Die SPK erachtet die Massnahme in Anbetracht der rückläufigen Zahlen als vertretbar.

Massnahme 2 Stadttheater: Erhöhung der Eintrittspreise um durchschnittlich 5%
Abstimmungsresultat: 10:0 Stimmen, bei einer Abwesenheit

Hauptdiskussionspunkte: Die SPK erkundigte sich nach einem Vergleich mit anderen Häusern und nach der vorgesehenen Umsetzung. Der Stadtpräsident beantwortete diese Frage dahingehend, dass vergleichbare Häuser 5-10% teurer, beziehungsweise in einem Fall etwa gleich teuer seien. Die Umsetzung erfolgt differenziert, die Preise der sehr guten Plätze werden mehr angehoben wie diejenigen von schlechten, die heute für die Sichtverhältnisse relativ teuer sind. Die Erhöhung gleicht langfristig die Teuerung aus, die SPK betrachtet dies als massvoll.

Massnahme 3 Baurechte: Umsetzung Immobilienstrategie 11:0
Abstimmungsresultat: 11:0 Stimmen

Hauptdiskussionspunkt: Die SPK beurteilte dies zwar nicht als Leistungsbestand einer Leistungsanalyse wie es die SLA ist; eine Mehrheit wollte aber die Massnahme 3 trotzdem belassen, damit es im Bereich der Immobilienstrategie endlich vorwärts geht. Schlussendlich wurde einstimmig beschlossen, die gesamten Massnahmen 3 ins Kapitel 5.3.2 (Massnahmen zur Aufbereitung der Entscheidungsgrundlagen) zu verschieben, zumal die Umsetzung der Massnahmen 3 nicht im Rahmen der SLA realisierbar ist.

Massnahme 4 Kinderspielplätze: Standardanpassungen
Abstimmungsresultat: 10:0 Stimmen, bei einer Enthaltung

Hauptdiskussionspunkte: Gewisse Stimmen warnten in der SPK vor einer weiteren Trivialisierung der Spielplätze (Beispiel: Diskussion über die Dampfmaschine auf dem Munot Kinderspielplatz) und vor Übertreibungen der Sicherheitsstandards.

Solche Kommentare kommen mir immer wieder zu Ohren von Eltern, die sich gegen den Sicherheitswahn wehren und dadurch den Kindern eine gewisse Erfahrungsmöglichkeit verwehrt wird. Die Stadt hat sich das Ziel gesetzt, im 300 Meter-Radius über die Stadt verteilt flächendeckend Spielplätze anzubieten, was in weiten Bereichen bereits Realität ist. Der Wunsch wurde geäussert, dieses Ziel nicht absolut starr zu verfolgen.

Massnahme 5 Aufgabenhilfe für Schülerinnen und Schüler:

Organisatorische Verbesserungen und Anpassungen Kostenbeteiligung

Abstimmungsresultat: 10:0 Stimmen, bei einer Abwesenheit

Hauptdiskussionspunkte: Es standen gewisse Ängste im Raum, dass bei einer Kostensteigerung gerade diejenigen Kinder, die eine Aufgabenhilfe am nötigsten haben, von einer Teilnahme ausgeschlossen werden, weil die Eltern nicht mehr bezahlen können oder wollen. Im Vergleich mit anderen Gemeinden ist Schaffhausen relativ günstig, aber nach der Erhöhung teurer als Neuhausen, Thayngen und Stein am Rhein. Es wurde uns versichert, dass bedürftige Eltern Gesuche um Kostenerlass stellen können. Die Abstimmung erfolgte einstimmig, mit dem Wunsch einer Auswertung nach einem Jahr (an die Fachkommission Bildung).

Massnahmen des Kapitels 5.3.2 zur Aufbereitung der Entscheidungsgrundlagen

Es gilt zu berücksichtigen, dass wir heute über diese Massnahmen nicht abschliessend entscheiden, sondern das Parlament erhält die entsprechenden Grundlagen/Vorlagen, um anschliessend im Rahmen dieser Vorlagen diskutieren zu können.

Massnahme 6 Förderprogramm Energie: Grundlagen ausarbeiten

Abstimmungsresultat: 9:1 Stimmen, bei einer Abwesenheit

Hauptdiskussionspunkte: Diese Massnahme war relativ umstritten. Es sei ein schlechtes Zeichen in Anbetracht der dringenden Notwendigkeit, Energie zu sparen, sowie angesichts der diversen überwiesenen parlamentarischen Vorstösse zu diesem Thema. Demgegenüber vertritt der SR die Meinung, dass ein gewisser Förderungsdschungel vorherrsche und zudem der Kanton sein Engagement deutlich erhöhe. Zudem schaffen die steuerlichen Entlastungen einen grossen Anreiz für Investitionen in Energiemassnahmen. Schliesslich liessen sich die meisten Skeptiker von der Zusage überzeugen, dass es sich nicht primär um eine Streichungs- und Kürzungsmassnahme, sondern um ein Optimierungsprojekt handle, bei dem das ganze Spektrum aufgezeigt und die Grundlagen offen gelegt werden. Dabei sollen auch die steuerlichen Aspekte transparent gemacht und die teils komplexen Abläufe zwischen den unterschiedlichen involvierten Stellen überprüft und vereinfacht werden.

Massnahme 7 Abfallentsorgung: Grundlagen ausarbeiten

Abstimmungsresultat: 11:0 Stimmen

Hauptdiskussionspunkte: keine

Massnahme 8 Reinigungstouren Strassen und Grünanlagen

Abstimmungsresultat: 9:1 Stimmen, bei einer Enthaltung

Hauptdiskussionspunkt: Kritisch betrachtet wurde der Punkt, dass am Sonntagmorgen in der Altstadt nicht mehr manuell, sondern maschinell gereinigt werden soll und damit für die lärmgeplagten Altstadtbewohner eine weitere Belastung entsteht. Des Weiteren sieht der SR vor, gewisse Arbeiten vermehrt durch die Stiftung Impuls durchzuführen; es wurde kritisiert, dass es sich hier um eine Verschiebung vom ersten auf den zweiten Arbeitsmarkt handelt, was wenig sinnvoll

ist. Der SR hat in Aussicht gestellt, die Lärmfrage in Absprache mit den Anwohnern zu überprüfen, damit keine unnötigen Friktionen entstehen. Insgesamt ist diese Massnahme aber eine Überprüfung der aktuellen Praxis, allfällige Optimierungsvorschläge werden in die Vorlage einfließen.

Massnahme 9 Winterdienst: Standardanpassungen

Abstimmungsresultat: 11:0 Stimmen

Hauptdiskussionspunkte: Die Umsetzung ist differenziert anzugehen, je nach Gefahrenpotenzial muss an gewissen Orten/Strassen nichts unternommen werden, während bei gefährlichen Orten/Plätzen sehr wohl Massnahmen ergriffen werden müssen.

Massnahme 10 Fussballplätze: Reduktion Unterhalt

Abstimmungsresultat: Ablehnung mit 5:4 Stimmen, bei zwei Enthaltungen

Hauptdiskussionspunkte: Massnahme war sehr umstritten. Teile der SPK empfanden es als völlig falsches Signal, da jetzt viel Geld in die Bühlplätze investiert wird, weil es zu wenige Fussballplätze gibt. Mit dem Zurückfahren des Unterhalts entsteht das Risiko, dass die Beispielbarkeit der übrigen Plätze beschränkt wird. Fussball- und Jugendvereine leisten viel ehrenamtliche Arbeit, das mit dem finanziellen Engagement der Stadt gewürdigt wird. Andere Stimmen beurteilten die Reduktion des Unterhalts als zumutbar und fordern - sofern diese Massnahme nicht umgesetzt wird - höhere Beiträge. Nach längerer Diskussion wurde die Massnahme abgelehnt und somit kein Auftrag zur Ausarbeitung von definitiven Grundlagen erteilt.

Massnahme 11 Blumenschmuck in der Altstadt:

Reduktion nicht umsetzen, Abklärung Sponsoring realisieren

Abstimmungsresultat: einstimmige Ablehnung mit 11:0 Stimmen

Hauptdiskussionspunkte: Der SR hatte bereits vorgeschlagen, diese Massnahme nicht umzusetzen. Es ist eine Massnahme, die wiederkehrend einen hohen Minderaufwand verursacht hätte. Trotzdem befand die SPK einstimmig, diese Massnahme nicht umzusetzen, im Gegenteil, die SPK lobte den anwesenden Stadtgärtner für die gute Qualität des Blumenschmucks, ein sehr wichtiges Element für das Stadtbild, das belassen werden sollte. Die Frage des Sponsorings wurde ausführlich diskutiert, sie soll sich aber auf die angrenzenden Restaurants und Ladengeschäfte beschränken. Auf grosse Plaketten an den Blumengefässen, auf denen der jeweilige Sponsor in grossen Buchstaben erwähnt wird, soll verzichtet werden.

Massnahme 12 Schulverwaltung:

Abstimmungsresultat: 11:0 Stimmen

Hauptdiskussionspunkt: Es stellte sich einzig die Frage, weshalb diese Massnahme überhaupt dem GrSR vorgelegt wird, weil die Vermeidung von Doppelspurigkeiten ein Thema sein muss, das in jedem Fall anzugehen ist. Das Hauptziel besteht darin, dem SR den Rücken zu stärken, wenn er zusammen mit dem Kanton das Projekt initiieren will.

Massnahme 13 Kinderbetreuung, Krippen, Horte, Tagesschulen:

Anpassung Betreuungsschlüssel

Abstimmungsresultat: 9:1 Stimmen, bei einer Abwesenheit

Hauptdiskussionspunkte: Es handelt sich um die Veränderung des Betreuungsschlüssels, der dazu führt, dass die Qualität der Betreuung sich verschlechtert. Vergleiche mit anderen Städten zeigten auf, dass auch in Zürich der Betreuungsschlüssel im vorgeschlagenen Umfang angepasst wurde. Die Mehrheit

der SPK liess sich davon überzeugen, die inhaltliche Diskussion im Rahmen der Vorlage zu führen.

Massnahme 14 Bestattungen: Verrechnung eines Anteils der Bestattungskosten

Abstimmungsresultat: 7:3 Stimmen, bei einer Abwesenheit

Hauptdiskussionspunkte: Diese Massnahme ist umstritten. Teile der SPK waren der Meinung, dass Bestattungen zu den edlen Aufgaben einer Gemeinschaft gehören und einen symbolischen Akt darstellen; eine Gebührenverrechnung ist der Stadt nicht würdig. Die Mehrheit der SPK fand die vorgeschlagene Gebühr aber als massvoll und zumutbar.

Die SPK hat anschliessend an die Diskussion der 14 Massnahmen Kapitel 6 behandelt. Werner Bianchi hat über das Controlling, den Ablauf des Prozesses und wie der Prozess in der Stadt ablaufen wird, informiert. Es ist auch eine regelmässige Information des Grossen Stadtrats vorgesehen.

Am Ende der 4. Sitzung fand eine Zusatzdiskussion statt, und zwar darüber, ob es ein Rückkommen wäre, wenn die Frage der Integration der städtischen Steuerverwaltung in die kantonale gestellt würde. An dieser Frage zeigte sich erneut die mit dieser Vorlage verbundene Problematik der Kompetenzordnung. Zwar hat uns der Stadtrat mit ausgewählten Massnahmen, die er dem Parlament zum Entscheid unterbreitet hat und bei denen wir uns manchmal gefragt haben, weshalb überhaupt, einige Fenster zu seinem Kompetenzbereich geöffnet, aber hat es uns damit auch gleich Zugang ins ganze Haus verschafft? Wohl eher nicht. Es stellt sich also die Frage, ob die SPK, beziehungsweise der GrSR, innerhalb der Vorlage einfach zusätzliche Aufträge, die im Kompetenzbereich des SR liegen, aufnehmen kann; bei der Organisation der Steuerverwaltung verhält es sich so, sie liegt in der Kompetenz des Stadtrats. Jedenfalls prägte diese Unsicherheit die Diskussion in der SPK, weshalb beschlossen wurde, die Fragen an die GPK weiterzuleiten. Allerdings - und das bedaure ich heute - wurde zum Thema kein konkreter Antrag gestellt und die warnende Frage von Rainer Schmidig, ob denn die GPK das Recht habe, einen entsprechenden Antrag zu stellen, verblieb ohne grosses Echo. Nun scheint es aber, dass die GPK sich mit dem gleichen Thema die Zähne ausbeisst, was vielleicht hätte vermieden werden können. Am einfachsten wäre es wohl gewesen, den Ratschlag von Werner Bianchi zu befolgen, nämlich solche Fragen über den Weg unserer üblichen parlamentarischen Instrumente zu klären; bekanntlich kann über den Weg des Postulats sehr Vieles in Auftrag gegeben werden. Ich gebe dies Ihnen (und auch mir) mit, sowie auch dem Präsidium und den Mitgliedern der SPK für die zweite Vorlage, die sich sinnvollerweise vorgängig schon mit der Frage auseinandersetzen, beziehungsweise sie als geklärt betrachten können. Wie Sie gehört und sicherlich heute nochmals hören werden, hat die Art und Weise, wie ich als Kommissionspräsident das Thema an die GPK weitergeleitet habe, teilweise Irritationen ausgelöst. Das tut mir leid, und ich gestehe gerne, dass ich mich bei diesem Entscheid am äusseren Rand meiner präsidialen Kompetenzen bewegt habe. Ich versichere Ihnen aber, dass die Leitschnur dabei die möglichst effiziente Kommissionsarbeit und der Respekt vor den Kompetenzen des GrSR war. Nun, der Schuss scheint nach hinten gegangen zu sein, in Zukunft werde ich in ähnlichen Situationen nach konkreten Anträgen fragen und bitte Sie, auch solche zu stellen. Abstimmungen schaffen Klarheit.

Abschliessend hat die SPK den vor Ihnen liegenden Bericht und Antrag mit Zirkulationsbeschluss genehmigt. Es erfolgte folgende kleine Ergänzung: Aufnahme des Punktes einer Beschränkung des Sponsorings auf angrenzende Restaurants

und Ladenbetriebe. Ansonsten erfolgten keine weiteren Änderungsanträge seitens der SPK-Mitglieder. Änderungsvorschläge erfolgten einzig zum Protokoll in der Ihnen bereits ausgeführten Frage der städtischen Steuerverwaltung.

Gesamthaft gesehen enthält das Massnahmenpaket 1 sehr unterschiedliche Massnahmen, und zwar sowohl in der Flughöhe als auch in der Tiefenschärfe und Gewichtigkeit der finanziellen Aspekte. Bei der Vorbereitung des heutigen Berichts fragte ich mich zwar erneut über den Sinn der Vorlage, habe mich aber an das Eintretensvotum von Rainer Schmidig erinnert, in dem er von der OPTI-Dunkelkammer sprach. Deshalb bin ich der Meinung, es sei eine gute Vorlage, die für die nötige Transparenz sorgt, damit aber auch Diskussionen auslöst, die nicht immer nur Freude bereiten. Ich hoffe auf eine angeregte Diskussion und dass wir trotz unterschiedlicher Meinungen und Haltungen die gute Arbeit des Stadtrats würdigen können.

SP/AL-Fraktionserklärung: Unsere Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr insgesamt zustimmen. Zu einzelnen Massnahmen werden Wortmeldungen erfolgen und Anträge gestellt. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

”Die Ausgangslage und mit ihr der Handlungsbedarf ist uns allen eigentlich hinlänglich bekannt: Die finanzielle Lage von Stadt (und Kanton) hat sich in den letzten Wochen und Monaten entgegen dem Trend in anderen Kantonen erheblich verschlechtert, dies vor allem auch im Vergleich zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage des Stadtrates vom 3. August 2010. Im Rahmen der Finanzplanung der Stadt wurde zwar eine vorübergehende Baisse prognostiziert; insgesamt waren die Voraussagen indessen eher verhalten positiv. Die Gründe, die zu dieser finanzpolitisch schwierigen Situation geführt haben, sind zu einem grossen Teil nicht direkt beeinflussbar: Geringere Steuereinnahmen, beziehungsweise unerwartete Ausfälle bei den juristischen Personen, und diese nicht nur als Nachwehen der Wirtschaftskrise vor zwei Jahren, die unsere Wirtschaft an und für sich strukturell gut überwunden hat, deutliche Mehrbelastungen der Kommunen im Bereich der Sozialausgaben und der Seniorenbetreuung und Krankenpflege machen es – um nur einige Beispiele zu nennen – dem Stadtrat nicht eben leicht, den Finanzhaushalt auch nur einigermaßen im Lot zu halten. Dies alles ist wiederum im Kontext berechtigter politischer Forderungen nach Ausbau der Infrastruktur, Attraktivierung des Wohn- und Wirtschaftsstandortes, Optimierung der Rahmenbedingungen für Gewerbe-, Dienstleistungsunternehmen und Industrie zu sehen.

Die Stadt Schaffhausen und auch der Kanton stehen in einem unerbittlichen Steuerwettbewerb nicht nur mit den angrenzenden Gemeinden des Zürcher Weinlandes und des Thurgaus. Wenn wir uns nachhaltig entwickeln wollen, werden wir auch hier nicht nur weitere Zeichen setzen, sondern den Worten innert nützlicher Frist effektiv auch Taten folgen lassen müssen. Das Finanzhaushaltsgesetz des Kantons Schaffhausen schreibt in Art. 7 auch den Gemeinden zwingend vor, dass Einnahmen und Ausgaben mittelfristig im Gleichgewicht zu halten sind. Und wenn wir schliesslich den negativen Abschluss der Jahresrechnung 2010 der Stadt Schaffhausen, die wachsende Verschuldung sowie den rapide sinkenden Selbstfinanzierungsgrad zur Kenntnis nehmen, müssen wir feststellen, dass Stadtrat und Grosser Stadtrat alles daran setzen müssen, um eine Trendwende mit nachhaltiger Wirkung einzuleiten. Wir stehen in Pflicht. Es ist gleichsam „fünf vor zwölf“, und es genügt nicht, sich mit beschönigenden Worten in falscher Sicherheit

zu wiegen.

Die FDP-Fraktion begrüsst daher die Absicht des Stadtrates ausdrücklich, den Haushalt der Stadt Schaffhausen mit entsprechenden Massnahmen zu entlasten und attestiert ihm gute Arbeit in Bezug auf das vorliegende erste Massnahmenpaket. Sie wird auf die Vorlage eintreten und den Anträgen der SPK grösstmehrheitlich folgen. Nach den ausführlichen Erläuterungen des SPK-Präsidenten Kurt Zubler, dem für die umsichtige Kommissionsleitung bestens zu danken ist, kann ich im Rahmen des Eintretens auf Detailausführungen verzichten und den Fokus kurz auf das Wesentliche setzen.

Dieses von der SPK in einem sehr konstruktiven Rahmen diskutierte Massnahmenpaket stellt für unsere Fraktion nur einen ersten Schritt in die so genannt richtige Richtung dar. Dabei kann es indessen nicht sein Bewenden haben. Wie vom Finanzreferenten und vom Gesamtstadtrat anlässlich der Aussprache mit den Fraktionen und Parteien bereits angekündigt, bedarf es weiterer namhafter Anstrengungen von Exekutive und von Legislative, um die Ausgaben der Stadt Schaffhausen nicht nur zu stabilisieren, sondern - so ist es die klare Intention unserer Fraktion - zu reduzieren.

Vom Massnahmenpaket 2 erhoffen und erwarten wir weitere Vorschläge substantieller Art, wobei wir uns Alle bewusst sein müssen, dass wir das Ziel nur erreichen, wenn ebenfalls Alle bereit sind, Abstriche zu machen und gleichzeitig Forderungen zu redimensionieren. Priorisierungen sind dabei zu überdenken und teilweise auch neu vorzunehmen. Die Situation eines peripher gelegenen Kantons und seiner Gemeinden, insbesondere der Stadt Schaffhausen mit ihren umfangreichen Zentrumslasten, ist alles andere als einfach. Wir wissen es. Wir befinden uns in einer Randlage, die sich – betrachtet man die Geschichte bis zurück anfangs des 19. Jahrhunderts – oftmals wirtschaftlich und damit finanziell verheerend ausgewirkt hat. Zurzeit bewegen wir uns zwischen zwei grossen Wirtschaftszentren, dem Grossraum Stuttgart, der sich bis hin an unsere Landesgrenze bewegt, und dem Wirtschaftsraum Zürich, der uns zwar in vielem Arbeitsplätze und Erwerbsmöglichkeiten eröffnet und an dem wir uns in verschiedensten Projekten (zum Beispiel Metropolitanraum) beteiligen können, der uns indessen in direktem Wettbewerb nicht nur bei den Steuern oftmals dann doch relativ bescheiden aussehen lässt.

Nur wer seinen Finanzhaushalt im Griff hat,

- ist in der Lage, Eigenmittel für die zur eigenständigen Entwicklung unserer Stadt und Region dringend notwendigen Investitionen generieren,
- gilt aufgrund seines guten Selbstfinanzierungsgrades als vertrauenswürdiger Partner bei der Beschaffung von Fremdkapital und
- gilt für neu ansiedelnde Unternehmungen in Bezug auf die Steuerbelastung als attraktiv und vor allem auch mittel- und langfristig verlässlich.

Die FDP-Fraktion lädt daher den Stadtrat ein, die entsprechenden Vorlagen zur Umsetzung des Massnahmenpaketes 1 im Zuständigkeitsbereich des Grossen Stadtrates möglichst bald auszuarbeiten. Ebenso erwartet unsere Fraktion vom Stadtrat möglichst schnell das angekündigte Massnahmenpaket 2. Es geht mehr als nur um eine weitere Leistungsüberprüfung und Anpassung. Sowohl die Umsetzungsvorlagen zum Massnahmenpaket 1 als auch die weiteren, allenfalls auch schmerzhaften Sparschritte werden von unserer Fraktion zwar kritisch analysiert, aber im Hinblick auf das gemeinsam zu erreichende Ziel unterstützt werden. Sollte

dies nicht zu deutlichen Ergebnissen führen, wäre aber auch ein eigentliches Entlastungspaket an die Hand zu nehmen. Schon vor einigen Jahren – als ich noch als Fraktionspräsident die Klinge mit der seinerzeitigen Finanzreferentin kreuzte – habe ich erklärt, dass wir bereit sind, bei dessen Erarbeitung aktiv mitzuwirken. Dieses Angebot gegenüber dem Stadtrat gilt auch heute noch. Als Partei in der Regierungsverantwortung sind wir bereit, hier Mitverantwortung zu übernehmen, im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung unserer Stadt. “

Rainer Schmidig (EVP)**OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung**

”Nachdem Ihnen Kurt Zubler die Vorlage und deren Behandlung in der Spezialkommission ausführlich beschrieben hat - dafür sei ihm herzlich gedankt - kann ich Ihnen die Stellungnahme der OeBS/CVP/EVP-Fraktion in knapper Form unterbreiten.

Zuerst möchten wir dem Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herzlich für die insgesamt gute Vorlage danken, die aufzeigt, was für Leistungen die Stadt erbringt und wo welche möglichen Sparpotentiale zu finden sind; vor allem die Zusammenarbeitsmöglichkeiten und die damit verbundenen Effizienzsteigerungen sollten, wie zum Teil aufgezeigt und vom Stadtrat schon beschlossen, konsequent weiter verfolgt werden.

In weiten Teilen scheint uns aber, dass die angesprochenen Massnahmen eher kleinkrämerisch sind und in gewisser Weise mutige Schritte zu Einsparungsvorschlägen vermissen lassen. Es ist uns aber bewusst, dass mutige Schritte auch immer das Personal tangieren und somit mit aller notwendigen Ernsthaftigkeit und Rücksicht angegangen werden müssen. Dennoch wird sich in Zukunft eine Diskussion nicht umgehen lassen. Nur dann kann der Stadtrat auch mit der Rückendeckung des Parlaments in die eine oder andere Richtung Massnahmen ergreifen.

Die einzelnen Massnahmen gemäss den Anträgen der Spezialkommission wurden in unserer Fraktion mehrheitlich akzeptiert, obwohl sich natürlich nicht bei allen Punkten grosse Euphorie breit machte. Nur die Massnahme 4 (Kinderspielplätze) stiess bei uns nicht auf Gegenliebe. Zwar können wir uns vorstellen, dass gleiche Geräte auf den verschiedenen Spielplätzen standardisiert werden können, was für uns aber eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, vor langweiligen einheitlichen Spielplätzen, die an jedem Ort die gleichen Geräte und die gleichen Anordnungen aufweisen, graut es uns aber; Abwechslung tut hier not. Einzelne Spielplätze dürften aber auch einfach aus einer Wiese und Sitzgelegenheiten bestehen, zum Beispiel der Spielplatz Belair. So sehen wir kaum zusätzliches Sparpotential bei dieser Massnahme.

Bei Massnahme 9 (Winterdienst) sieht unserer Fraktion durchaus die Möglichkeit, dass man bei ebenen Quartierstrassen den Winterdienst stark reduziert und auf eine Schwarzräumung verzichtet. Gleichzeitig machen wir aber darauf aufmerksam, dass der Fussgängerverkehr nicht durch das Räumen des Schnees von der Strasse auf das Trottoir (was am Morgen an der Rietstrasse regelmässig der Fall ist) gefährdet werden darf. Damit verdrängt man die Fussgänger auf die Strasse, das Begehen des Trottoirs wird unmöglich. Selbstverständlich werden wir auf die Vorlage eintreten und den meisten Anträgen auch zustimmen. Zu einzelnen Punkten wird sich unsere Fraktion noch zu Wort melden. “

Till Hardmeier (JFSH)**Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung**

„Hurra, endlich einmal eine Sparvorlage. Vermutlich hat diese Vorlage dem Stadtrat auch in der Abstimmung vom letzten August viel geholfen. Die Bürger hoffen darauf, dass der SR überprüft, wo etwas gemacht werden kann. Sie hoffen aber auch, dass ein spürbarer Effekt folgt. Das Massnahmenpaket 1 ist auch für uns eine Sammlung von kleinen Sparpunkten, die selbstverständlich etwas bringen; teilweise hat man aber das Gefühl, dass aufgezeigt werden soll, dass Sparen weh tut. Es wurden in für den Bürger gut sichtbaren Bereichen wie beispielsweise Bestattungen, Blumenschmuck und Spielplätze Massnahmen vorgeschlagen. Man möchte damit wie in Thayngen und der Stadt Zürich beim Budgetreferendum zeigen, dass Sparen weh tut und dort sparen, wo der Bürger etwas merkt, anstatt verwaltungsintern. Die Motion Wullschleger ist immer noch auf dem Tisch. Wir erwarten, dass im nächsten Paket grössere Anstrengungen unternommen und systematischer Sparobjekte überprüft werden. Das Paket 1 war eine Art Sammelsurium; man hat sich zwar bei den Bereichen nach Einsparungsmöglichkeiten erkundigt, aber der systematische Ansatz fehlt. Ich denke, es müssen klare Aufträge erteilt werden, wie zum Beispiel: Kostenreduktion von 10% beim Stadttheater, mit dem Auftrag, entsprechende Vorschläge zur Umsetzung auszuarbeiten, denn nur so entstehen auch konkrete Massnahmen.“

Wir unterstützen die Vorlage, obwohl die bürgerlich-liberale Fraktion nicht in der SPK vertreten war. Wir werden heute noch zwei Vorstösse einreichen, um die Diskussion weiter anzuregen; die Thematik Steuerverwaltung ist dort ebenfalls abgedeckt. “

Josef Eugster (SVP)**SVP/EDU-Fraktionserklärung**

„Sie haben es gehört, in der SLA-Vorlage Massnahmenpaket 1 sind vom Stadtrat Massnahmen für Kostenoptimierungen eingeleitet oder zum kleineren Teil auch schon umgesetzt worden. Im Kapitel 5.3.2 müssen vorgängig entsprechende Grundlagen ausgearbeitet werden. Kurz gesagt, der SR ist bestrebt, Kosteneinsparungen an die Hand zu nehmen. Im grossen Ganzen werden aber mit dem Massnahmenpaket 1 eher geringe Einsparungen umgesetzt. Was mir fehlt, ist der grosse Wurf. Um das Unternehmen Stadt finanziell weiter zu bringen, müssen ganz andere Massnahmen getroffen werden.“

Wenn ich mir vorstelle, was wir für ein Entwicklungspotential hätten, wenn wir die rund CHF 6 Mio. Schuldzinsen, die jährlich anfallen, anderweitig investieren könnten, was aber leider nicht möglich ist. Eine Vision wäre, dass jeder Bürger seine pro Kopf-Verschuldung bezahlt und somit der Schuldenberg abgetragen werden kann. Danach darf nur noch strikt nach dem Prinzip der Schuldenbremse gewirtschaftet werden. Bis dahin fordere ich den Stadtrat und auch das Parlament auf, keine unnötigen Ausgaben zu tätigen – wenn es nicht gewünscht wird, verzichte ich auf die Aufzählung einiger Beispiele – sondern mit den vorhandenen Ressourcen haushälterisch umzugehen.“

Die SVP/EDU-Fraktion wird grossmehrheitlich der Vorlage zustimmen. “

SR Peter Neukomm**Stellungnahme des Finanzreferenten**

„Ich unterteile meine Ausführungen in verschiedene Kapitel: Vorbemerkungen, Zielsetzungen, politischer Auftrag, neuer Ansatz mit dem Leistungskatalog und zum Schluss das Fazit und der Ausblick auf das Massnahmenpaket 2.“

1. Vorbemerkungen:

Zuerst danke ich im Namen des SR dem Präsidenten der SPK für seine umsichtige und gute Sitzungsleitung sowie für seinen Kommissionsbericht. Mein herzlicher Dank geht an dieser Stelle auch an Controller Werner Bianchi für seine wertvolle Vorarbeit und Begleitung, ohne die wir diesen Prozess niemals so zeitgerecht und professionell auf die Schiene gebracht hätten. Danken möchte ich auch Ursula Peter für ihre hilfreiche Protokollierung der Kommissionsarbeit. Sehr positiv war aus meiner Sicht, dass sich alle Kommissionsmitglieder ernsthaft und konstruktiv auf den Prozess eingelassen und sich entsprechend eingebracht haben. Die Tatsache, dass verschiedene Entscheide, die nicht einstimmig fielen, nicht immer den Fraktions- und Parteigrenzen entlang liefen, zeigt, wie anspruchsvoll es im konkreten Fall jeweils war und ist, die konkreten Auswirkungen der Massnahmen auf die Leistungen und auf die Leistungsempfänger abzuschätzen. Ich kann es vorweg nehmen: Der SR wird sich den Entscheiden der Kommission ausnahmslos anschliessen. Beim Eintreten werde ich nicht auf die einzelnen Massnahmen eingehen, Kurt Zubler hat sie in seinem Bericht sehr gut zusammengefasst.

2. Zielsetzung: Finanziellen Spielraum schaffen:

In seinen periodischen Analysen zum finanziellen Handlungsspielraum der Stadt kam der Stadtrat Mitte 2009 zum Schluss, dass dieser zwar zur Finanzierung der Laufenden Rechnung knapp ausreichend sei, aber kaum Spielraum für grössere zukunftsgerichtete Projekte bestehe. Wie von Dr. Raphaël Rohner bereits erwähnt, hat sich die Ausgangslage in der Zwischenzeit verschlechtert: Aufgrund der Auswirkungen der negativen Bevölkerungsentwicklung, der starken Steuerentlastungen, den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie dem massiv angestiegenen Aufwand in kommunal nicht beeinflussbaren Bereichen ist die Luft in der Laufenden Rechnung der Stadt dünner geworden. Das Defizit der Rechnung 2010 mit einem spürbaren Schuldenanstieg als Folge sehr hoher Investitionen in die städtische Infrastruktur ist Ausdruck davon. Und die Luft wird noch eine Weile dünn bleiben, nicht nur in der Stadt, sondern auch beim Kanton. Trotzdem wollen wir weiter in die mit dem Kanton abgestimmte Standortentwicklung investieren, um damit die Voraussetzungen für eine nachhaltige Trendwende bei der Bevölkerungsentwicklung und damit einer Verbesserung des Steuersubstrats zu erreichen. Sie kennen die Eckpunkte dieser Strategie mit Bestandteilen wie der Wohnraumentwicklung, dem Agglomerationsprogramm oder den RSE-Projekten. Natürlich gehört auch die SLA dazu, weil wir beim kommunal beeinflussbaren Aufwand weitere Einsparungen erzielen müssen und auch auf der Einnahmeseite weitere Verbesserungen nötig sind. In diesem Kontext stehen die Massnahmenpakete der Systematisierten Leistungsanalyse (SLA), aber auch die mit der städtischen Immobilienstrategie angestrebten Mehreinnahmen. Zu letzterem Thema wird Ihnen eine Vorlage im Zusammenhang mit der Abgabe strategisch nicht notwendiger Baurechte noch vor den Sommerferien zugehen.

Bedingung für die Rückgewinnung des nötigen finanziellen Handlungsspielraums ist aber auch, dass die erzielten Einsparungen nicht gleich wieder durch exogene Faktoren bestimmte Mindereinnahmen oder Mehrausgaben überkompensiert werden. Der SR zeigt sich deshalb erleichtert darüber, dass der Regierungsrat vorläufig einen Marschhalt bei den Steuerentlastungen einschalten will. Es bleibt zu hoffen, dass der Kantonsrat diesem Antrag folgen wird, weil sonst nicht nur die gemeinsame Entwicklungsstrategie in Frage gestellt ist, sondern auch unsere Sparbemühungen gleich wieder pulverisiert würden.

3. Politischer Auftrag (Motion Wullschleger):

Hier handelt es sich um eine Hypothek aus früherer Legislatur, Till Hardmeier hat uns daran erinnert. Der Stadtrat will das Anliegen der Motion zur Verminderung des Aufwandes mit der SLA sinngemäss aufnehmen. Die SLA soll nun die Möglichkeit bieten, einen politischen Weg zur Überwindung der Blockierung aufzuzeigen. Für den Stadtrat ist aber klar, dass erst im Rahmen des zweiten Massnahmenpakets über eine Abschreibung der Motion Wullschleger diskutiert werden kann.

4. Neuer Ansatz: Leistungsperspektive:

Die Erfahrungen der letzten Legislatur mit dem Projekt OPTI zeigte, dass pauschale oder lineare Sparübungen bei den wiederkehrenden Ausgaben schnell an Grenzen stossen und sich zu wenig substantiell auswirken. Nur ein ausgewogenes Massnahmenbündel von Leistungsreduktionen, Anpassungen von Standards, sinnvolle Kooperationen und zusätzlichen Einnahmen kann wieder zu mehr Spielraum führen. Diesen benötigen wir zur Finanzierung unserer wertvollen Aufgaben zugunsten der Bevölkerung. Diesen brauchen wir aber auch, um auch wieder die Fähigkeit zur Umsetzung der Drittelsregelung zu erlangen. Aufgrund dieser Erkenntnisse und mit diesen Zielsetzungen hat der SR in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 den Startschuss für das Projekt SLA gegeben, und zwar nicht als Reaktion auf die Steuersenkungsinitiative vom letzten Jahr, wie das fälschlicherweise in einer Medienvorschau auf das heutige Traktandum erwähnt wurde.

a) Aufzeigen des Leistungskatalogs:

Wie sind wir vorgegangen? Aus Kapazitätsgründen haben wir uns für zwei Massnahmenpakete entschieden. Die Triage erfolgte anhand des Portfolios nach den Kriterien Optimierungspotenzial und Beitrag für die Stadtentwicklung. Zuerst wurde auf der Basis des Leitbildes eine Übersicht über den Leistungskatalog der Stadt erstellt. Dabei haben wir feststellen müssen, dass rund 80% unserer Leistungen durch übergeordnetes Recht gebunden sind. Die Leistungsübersicht, die sich aus den Grafiken auf Seite 8 bis 11 der Vorlage ergibt, ist sehr wertvoll, weil es die Vielfalt des wichtigen städtischen Angebots aufzeigt. Zur Ermittlung der Grössenordnungen wurde auf die Rechnung 2008 abgestellt. Dabei wurde auch ersichtlich, dass Leistungsausbauten in der Vergangenheit nur dort erfolgten, wo nicht beeinflussbare, exogene Faktoren dies verlangten oder, wo gezielte Verbesserungen zur Weiterentwicklung unserer Standortattraktivität wichtig waren, wie bei der Bildung (Schulsozialarbeit), der ausserfamiliären Kinderbetreuung, der Quartier- und Jugendarbeit oder der Altersbetreuung.

b) Legitimation für Service public:

Das Gemeinwesen steht in einem dauernden Spannungsfeld, das hat auch Dr. Raphaël Rohner bereits gesagt: Einerseits herrscht das Verlangen nach möglichst tollen Angeboten an öffentlichen Leistungen und zeitgemässen Infrastrukturen. Andererseits besteht der Wunsch nach möglichst tiefen Steuern und Abgaben, oft gefordert von den gleichen Gruppierungen. Der Vollservice zum Nulltarif ist heutzutage leider eine weitverbreitete Forderung, die weit an der Realität vorbeigeht. Der Stadtrat verfolgt ein Szenario, das die Stadt als möglichst attraktiven Wohn- und Arbeitsort sichert und andererseits die Belastungen in einem ausgewogenen, konkurrenzfähigen Rahmen hält. In diesem Zusammenhang möchte ich das Städteranking der "Bilanz" erwähnen, obwohl solche Rankings wegen der vielen subjektiven Aspekte vorsichtig beurteilt werden müssen. Angesichts der Entwicklung im Jahr 2006 von Platz 91 und dem Sprung vom letzten Jahr von Platz 56 auf heute Platz 29 zeigt sich deutlich, dass hier eine Bewegung stattfindet. Ich habe von Christa Edlin gehört, dass heute im Radio in Zürich gesagt wurde, Zürcher sollten

sich überlegen, nach Schaffhausen zu ziehen, weil sie dort am Schluss des Jahres wesentlich mehr in Portemonnaie haben als in Zürich. Es ist eine positive Entwicklung im Gang, dies sollte entsprechend gewürdigt werden. Die Leistungsperspektive ist auch die richtige Sichtweise, wenn es darum geht, die Legitimation für den Service public zu erlangen. Diese ist erreicht, wenn Politik und Bevölkerung zu den Leistungen der Stadt stehen und auch bereit sind, den dafür nötigen Preis zu bezahlen. Dazu braucht es als Voraussetzung aber die Kenntnis unserer Leistungen, des Leistungspreises sowie der Bedeutung der Leistungen für die Bevölkerung und die Stadtentwicklung. Diese Eckpunkte hat der SR in der systematisierten Leistungsanalyse aufzuzeigen versucht.

c) Einnahmesteigerung und Leistungsabbau als Gratwanderungen:

Entweder steigern wir uns im Einnahmebereich oder wir senken Ausgaben oder besser gar beides. Im Einnahmebereich geht es um die Frage von Steuern, Gebühren, Entgelten. Das ist alles sehr heikel und meist unpopulär. Es braucht Fingerspitzengefühl und nachvollziehbare Entscheide. Auch dazu hat es Massnahmen in der SLA-Vorlage. Zentral sind die Massnahmen im Ausgabenbereich. Der SR hat in seinem Zuständigkeitsbereich bereits einige Entscheide gefällt, Massnahmen umgesetzt oder steht zusammen mit den betroffenen Abteilungen in der Umsetzung. Bei der Auswahl der Massnahmen wurde klar, dass vor allem ein Leistungsabbau stets eine Gratwanderung darstellt, denn dadurch kommen wir einerseits immer wieder in Konflikt mit den heute an ein regionales Zentrum wie Schaffhausen gestellten Erwartungen und andererseits mit unserer Zielsetzung für eine Standortattraktivierung. Es braucht daher für einzelne Massnahmen einen politischen Konsens mit breiter politischer Abstützung. Deshalb hat der Stadtrat im Kapitel 5.3 diverse Massnahmen zur Diskussion und Entscheidungsfindung dem Grossen Stadtrat vorgelegt. Hier verstehe ich den Präsidenten und seine Einwände, das Vorgehen sei etwas ungewohnt. Aber angesichts der Leistungsperspektive macht ein breit abgestützter Konsens für solche Massnahmen durchaus Sinn.

d) Verbesserungspotenziale dauerhaft nutzen:

Vergleiche mit anderen Gemeinden und Städten, welche in dieser Legislatur im Zusammenhang mit parlamentarischen Vorstössen gemacht wurden, ergaben, dass die städtischen Leistungen über weite Strecken sehr kostengünstig erbracht werden. Die Verwaltung hat zudem in den letzten Jahren sparsam gearbeitet. Dies geht aus den letzten Rechnungsabschlüssen hervor. Personal- und Sachaufwand blieben stabil oder waren sogar rückläufig. Dasselbe gilt für den Anteil der Verwaltung an den Gesamtausgaben. Trotzdem bestehen in Einzelbereichen Verbesserungsmöglichkeiten. Diese Potenziale zu erschliessen entspricht einem Dauerauftrag der öffentlichen Hand. Der Stadtrat hat darum auch bei den Legislaturzielen die ständige Verbesserung bei der Leistungserbringung als Zielsetzung aufgenommen. Durch Institutionalisierung der periodischen Umsetzungskontrollen – zurzeit sind es drei Reporting Termine pro Jahr – soll die SLA in einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess mit laufender Leistungsüberprüfung und –optimierung überführt werden. Die Beschlüsse, welche der GrSR heute fällen wird, werden in diesen Prozess einfliessen. Im Rahmen der Rechnungslegung werden die Einsparungen durch die SLA künftig konkret ausgewiesen.

5. Fazit und Ausblick (Massnahmenpaket 2):

Das Resultat des ersten Teils der SLA kann sich sicher sehen lassen: Wie in der Vorlage aufgeführt, sind 13 Massnahmen umgesetzt oder stehen aktuell noch in der

Umsetzungsphase. Sie sollten die Laufende Rechnung wiederkehrend um rund CHF 765'000.-- entlasten. Für 28 weitere Massnahmen hat der SR die Umsetzung beschlossen und sie auf die Reise geschickt. Mit ihnen soll eine Ausgabenverminderung von jährlich über CHF 1.5 Mio. erreicht werden. Jetzt kämen aus Kapitel 5.3 der Vorlage noch vier zur Realisierung bereite Massnahmen, die von der SPK unterstützt werden, hinzu. Für 7 weitere Massnahmen sollen gemäss Entscheid der SPK die Entscheidungsgrundlagen aufbereitet werden.

Mit dem SRB vom 22. Februar 2011 wurde die Erarbeitung des SLA-Massnahmenpaketes 2 durch den Stadtrat ausgelöst. Die Auftragserteilung an die beteiligten Bereiche erfolgte an der Bereichsleitungssitzung vom 1. März 2011. Die Bereiche erstellten eine Übersicht über die Produktgruppen/Produkte, für die als nächster Schritt die Umsetzungsanträge erstellt werden sollen. Das vom Stadtrat bestimmte Review Team hat auftragsgemäss die von den Bereichen erstellten Unterlagen hinterfragt, teilweise ergänzt und erweitert. An seiner Sitzung vom 16. Mai 2011 hat der SR die Ergebnisse begutachtet und die Produktgruppen/Produkte bestimmt, für welche bis 17. Juni 2011 durch die Bereiche die Anträge für die Umsetzung erstellt werden müssen. Die Vorlage mit dem Massnahmenpaket 2 soll dem GrSR im Herbst 2011 unterbreitet werden.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meinen Ausführungen Antworten auf offene Fragen geben und den Terminplan aufzeigen konnte. Besten Dank für die konstruktive Aufnahme der Vorlage. “

Simon Stocker (AL)

Minderheitserklärung SP/AL-Fraktion

”Ich bin ungern die Spassbremse, aber ich muss an dieser Stelle die Euphorie zu dieser Vorlage etwas bremsen. Ich stelle eine Minderheit der SP/AL-Fraktion dar und möchte folgende Bemerkungen anbringen:

Gespannt habe ich die Vorlage zur systematisierten Leistungsanalyse SLA erwartet und war dann auch beeindruckt von den Seiten 1-15 der Vorlage, also von dem Teil, in welchem die Leistungen der Stadt detailliert aufgezeigt und erläutert werden. Tatsächlich dient dieser Teil der Vorlage dazu, Transparenz über die Leistungen der Stadt zu schaffen und aufzuzeigen, welche Mittel für die entsprechenden Leistungen aufgeworfen werden müssen. Es zeigt ein Leistungsangebot, hinter welchem ich und die Alternative Liste stehen, und das wir in diesem und in einem noch grösseren Umfang benötigen und wesentlich zur Lebensqualität der Stadt beiträgt. Das wollen auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schaffhausen, dafür zahlen sie auch gerne etwas mehr Steuern. Aber darüber werden wir uns sicherlich an der Budgetdebatte ausführlich unterhalten.

Eine Vorlage SLA hätte für uns bedeutet, dass das Parlament die Gelegenheit erhält, Stellung zu einzelnen Leistungen zu beziehen. Entsprechende Parteien und Personen hätten endlich Verantwortung für konkrete Leistungskürzungen übernehmen können, anstatt sich hinter ideologischen Steuerkürzungen und Rundumschlägen zu verstecken. Doch ich wurde von den Massnahmen der SLA jäh enttäuscht. Es ist mir ein bisschen vorgekommen, als ob der Stadtrat ein Haus baut, und die Spezialkommission dann noch darüber streiten darf, welche Farbe der WC-Deckel erhält. Die SLA hat es in praktisch keinem Bereich geschafft, die Flughöhe des Parlamentes zu erreichen. Im Gegenteil, bei einem Grossteil der Massnahmen erhalte ich den Eindruck, der Stadtrat hätte etwas gar weit suchen müssen, um zu Massnahmen zu kommen. Ein Grossteil der Massnahmen hätte auch

ohne parlamentarische Diskussion umgesetzt werden können. Ich spreche hier die zahlreichen Optimierungsmassnahmen in der Vorlage an.

Einige Gedanken und Beispiele zu meinen Ausführungen:

Bei den Kinderspiel- und Fussballplätzen weiss ich noch immer nicht genau, was sich eigentlich hinter der Massnahme verbirgt und wo das Sparpotenzial liegen soll. Es konnte auch in den Beratungen der Spezialkommission nicht genau erläutert werden, die Angaben blieben sehr allgemein. Ich finde es zudem äusserst fragwürdig, bei Kindern und der Sportinfrastruktur zu sparen, die Infrastruktur – notabene ein wichtiger Standortfaktor für Zuzügerinnen und Zuzüger, insbesondere Familien – ist ja heute schon hoffnungslos überlastet. Ich erhalte eher den Eindruck, dem Parlament wurden bewusst Massnahmen vorgeschlagen, die inhaltlich und im Hinblick auf die konkreten Zahlen sehr ungenau bleiben.

Massnahme 3, Immobilienstrategie: Diese ist meines Erachtens in dieser Vorlage schlicht am falschen Ort. Es ist gar keine Leistung, zu welcher das Parlament etwas sagen könnte. Es ist eine eigene Strategie, die eine eigene intensive Diskussion in einer Fach- oder Spezialkommission verlangt.

Aber am meisten irritiert war ich über die Massnahme 12 zu den Doppelspurigkeiten im Schulwesen. Was denn, wenn nicht die Beseitigung von Doppelspurigkeiten und die Koordination von Aufgaben, ist überhaupt die Aufgabe eines Stadtrates? Was in aller Welt hat diese Massnahme und viele andere in der SLA zu suchen? Ich finde es schon fast etwas frech, uns darüber diskutieren und abstimmen zu lassen. Die Alternative Liste steht voll und ganz hinter dem Dienstleistungsangebot der Stadt Schaffhausen. Unserer Meinung nach gehört es zur Attraktivität der Stadt, und wir sind in Sachen Infrastruktur und Dienstleistungsangebot noch lange nicht dort angekommen, wo eine Stadt von der Grösse der Stadt Schaffhausen stehen müsste. Doch wenn der Stadtrat schon eine Vorlage zum städtischen Dienstleistungsangebot macht, erwarten wir wenigstens, dass er Massnahmen liefert, die diskutier- und entscheidbar sind. Die Sparturbos müssten endlich Stellung beziehen und könnten sich nicht mehr hinter utopischen Steuersenkungen und den immer gleichen Floskeln verstecken. “

Walter Hotz (FDP)

Votum

”Diese Vorlage ist sicher erfreulich und unterstützungswürdig. Wenn man sich aus Protest zurückhält, wählt man trotzdem, ob Sie die Vorlage unterstützen oder nicht. Es sind immerhin CHF 765'000.--, die eingespart werden können. Was man aber berücksichtigen muss, ist die Tatsache, dass die Vorlage im August 2010 geschrieben und ins Parlament gebracht wurde. In der Zwischenzeit sind 10 Monate vergangen. Wenn Sie die Rechnung 2010 studieren, stellen Sie fest, dass alle drei Monate CHF 2 Mio. über dem Budget ausgegeben werden; es sind knapp CHF 8 Mio. Defizit, die die Rechnung 2010 beinhaltet. Wenn es nun nochmals 10 Monate geht, bis Massnahmen ergriffen werden, ist das viel zu lange und viel zu spät. Jetzt erwarten wir das Massnahmenpaket 2 mit Einsparungen von über einer Million, was natürlich sehr erfreulich ist. Aber das muss jetzt viel schneller umgesetzt werden, sonst wird die Verschuldung weiter steigen, und wir kommen nicht mehr aus diesem Teufelskreis heraus. Es werden beispielsweise vordergründig Einsparungen beim Blumenschmuck gemacht, aber “hinten” setzen Sie einen sinnlosen Bootsstopp ein, der überhaupt nicht nötig ist und nicht einmal dem Bedürfnis der Bevölkerung entspricht. Das Wichtigste - und ich erwähne es an dieser Stelle gerne nochmals - ist, dass Sie kaum um die Einführung eines umgehenden Personalstopps

herumkommen. Das wird Kosteneinsparungen bringen, alles andere bringt nichts und bewegt sich im hunderttausend Franken-Bereich. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, EINTRETEN ist beschlossen.

Detailberatung

Der **1. Vizepräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, verliest die Vorlage vom 3. August 2010, die Beilagen I bis IV sowie den Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 7. März 2011 mit den Anträgen wie folgt:

Wortmeldungen zu Seite 17, Iren Eichenberger (OeBS)

Neuorganisation Stützunterricht: Einsparung CHF 100'00.--:

”Es handelt sich um die auf Seite 17 als letzte aufgeführte, vom Stadtrat vermutlich bereits umgesetzte Massnahme, über die wir heute Abend nicht mehr diskutieren können, nämlich um die Einsparung von CHF 100'000.-- für den Stützunterricht in Kleingruppen anstelle des Einzelstützunterrichts. Diese Massnahme wurde bereits letzten Sommer umgesetzt, hier war der Stadtrat schnell mit Handeln. Lassen Sie mich Folgendes dazu bemerken: Weil es indiskret ist, frage ich Sie jetzt nicht, ob Sie eine gute Schülerin oder ein guter Schüler waren. Aber vielleicht hatten Sie einen dummen Grossvater oder eine dumme Grossmutter. Ich kenne eine solche Situation aus der eigenen Familie. Meine Grossmutter war nicht dumm, aber in ihrer obligatorischen Schulzeit eher eine schwache Schülerin, die schlecht lesen und schreiben konnte, im Kopfrechnen war sie allerdings sehr gut. Es hat sich in der Lehre gezeigt, dass meine Grossmutter äusserst sehschwach war, eine Geschichte, die früher oft vorkam, weil niemand merkte, dass sie nicht einmal die wenigen Meter bis zur Wandtafel sehen konnte und deshalb wenig begriff. Das kommt heute nicht mehr vor, die Schule hat sich sehr verbessert, das muss man anerkennen. Heutige Schüler haben andere Probleme, sie sind demotiviert, vielleicht lernunfähig, unkonzentriert und blockiert. Diese Schüler können während der ganzen Schulzeit auf der Strecke bleiben und das Resultat ist traurig, weil sie keine Lehrstelle finden und so weiter. Es gibt eine gute Massnahme, das ist der Stützunterricht. Jetzt sollte dieser Stützunterricht effizienter gestaltet werden, indem man Gruppenstützunterricht anbietet, der ebenso gut wie Einzelstützunterricht ist. Das ist ein Trugschluss. Der Stützunterricht ist für Schüler gedacht, die gezielt die Aufmerksamkeit einer Lehrperson brauchen, eines Menschen, der endlich mal merkt, wo der Hund begraben ist. Das war früher das Problem mit den sehschwachen Schülern. Heute ist man nicht mehr sehschwach und niemand merkt es. Aber vielleicht liegt ein familiäres Problem vor, man ist in der Klasse überfordert, wird gemoppt oder von den Eltern überfordert, die Erwartungen haben, welche überhaupt nicht mit den Leistungen der Kinder übereinstimmen. Wenn jemand in einem solchen Fall die Nuss knackt und merkt, wo das Problem liegt, kann man diesen Schülerinnen und Schülern mit wenigen Sitzungen helfen.

Ich will nicht negieren, dass es Kinder gibt, die in einer Gruppe unterstützt werden können; aber es gibt auch Situationen, wo Kinder die Einzelsituation benötigen. Wenn wir da sparen, leisten wir diesen Kindern und auch der Gesellschaft einen Bärendienst. Ich warne davor; es hat keinen Sinn, wenn wir Zahnprophylaxe machen, aber die Kinder aufs Zahnfleisch fahren. Das ist widersinnig. Ich bitte den SR, sehr genau zu beobachten, was passiert. Landen diese Kinder in einer Timeout-Klasse oder finden keine Lehrstelle, ist niemandem geholfen. “

SR Urs Hunziker**Stellungnahme**

"Iren Eichenberger hat jetzt immer nur vom Stützunterricht gesprochen. Wir haben den Einzelstützunterricht durch den Gruppenstützunterricht ersetzt, und zwar wenn immer möglich. Das heisst, es gibt nach wie vor in einzelnen Fällen den Einzelstützunterricht. Wir haben dies nicht alleine beschlossen, sondern zusammen mit dem schulischen Abklärungs- und Beratungsdienst des Kantons festgestellt, dass es in sehr vielen Fällen genauso wirksam ist, wenn Kinder mit ähnlichen Bedürfnissen in Lerngruppen eingeteilt werden und ihnen dort diesen Unterricht erteilen. Der Einzelstützunterricht hat früher bei den Einzelstützunterrichtslehrerinnen stattgefunden, meistens zu Hause, ausserhalb jeglicher Kontrolle durch die Schulbehörde. Das haben wir mit dem Gruppenstützunterricht ebenfalls geändert, jetzt sind diese Lehrpersonen im Schulhaus und in permanentem Kontakt mit den Lehrpersonen und kommunizieren über die Bedürfnisse der Kinder. Ich sehe keinerlei Veranlassung, daran etwas zu ändern oder zu überdenken. Es wurde auch keinerlei Verschlechterung festgestellt. Die Sparmassnahme greift deutlich stärker als prognostiziert. Wir sind eine der wenigen Gemeinden im Kanton, die in dieser Form eine solche Unterstützung anbieten. "

Wortmeldung zu Seite 32, Christa Flückiger (SP):**Kinderbetreuung Krippen, Horte, Tagesschulen:**

"Gerne möchte ich mich zu Massnahme 13 jetzt schon äussern und eine Erklärung abgeben, um mich bei den Anträgen nochmals darauf zu berufen und einen entsprechenden Antrag zu stellen. Nun aber zu den Beweggründen, warum ich keine Vorlage möchte; es handelt sich bei Massnahme 13 um eine Massnahme, die eine Vorlage zur Empfehlung gibt. Ich bin nicht gegen das Sparen, das betone ich an dieser Stelle ausdrücklich. Aber wir brauchen keine Vorlage mit dem vorgeschlagenen Modell. Die Stadt Schaffhausen verfügt mit dem heutigen Zustand der familienergänzenden Betreuung über qualitativ sehr gut funktionierende Kindertagesstätten, unabhängig, ob im Hort- oder Krippenbereich. Dazu trägt nicht zuletzt der aktuelle Betreuungsschlüssel bei.

Ich möchte meine Gründe anhand eines Beispiels erläutern: Versetzen Sie sich in die Situation von Kindern und Betreuungspersonal um die Mittagszeit. Diese kommen ziemlich aufgewühlt und mit einer geballten Ladung zu verarbeitenden Erlebnissen und Eindrücke von der Schule an den Mittagstisch eines Kinderhortes. Der Zuckerspiegel liegt nach einem intensiven Schulmorgen kurz vor dem Mittagessen so ziemlich im Keller und keine noch so kleine Reizung hat Platz - für das Betreuungspersonal Tag für Tag eine grosse Herausforderung. Es gilt mit viel Fingerspitzengefühl die unterschiedlichsten Bedürfnisse der Kinder abzuholen und Spannungen abzufedern. Können Sie sich vorstellen, was da abgeht? Ich kann Ihnen versichern, da geht die Post ab. Es ist schon mit dem heutigen Betreuungsschlüssel eine grosse Kunst, die viel Erfahrung und Know how, Einfühlungsvermögen, Geduld und Disziplin abverlangt, und zwar jeden Tag mit anderen nicht vorhersehbaren Situationen.

Es gibt aber noch ganz andere Aspekte zu beachten und genau hinzuschauen. Zufälligerweise arbeite ich im Moment an einem Projekt, dessen Aufgabe es ist, die Eröffnung eines Kinderhortes in Angriff zu nehmen. Der Bund schreibt pro Kind und Platz ein Minimum an Platzverhältnissen vor. Weiter muss genau angegeben werden, wie gross die Anzahl der zu betreuenden Kinder sein soll. Dies ist für die gesetzlichen Vorschriften der feuerpolizeilichen Massnahmen relevant. So gelten ab dem 21. Kind andere Vorschriften als mit Gruppen von 15 bis 20 Kindern. Ich will

damit sagen, dass es gar nicht so einfach ist, zu sagen, wir erhöhen die Kinderzahl oder senken die Anzahl Betreuende. Wir dämmen damit zwangsläufig die Platzverhältnisse ein und laufen Gefahr, gesetzliche Richtlinien nicht mehr einhalten zu können. Die Belastbarkeit des Betreuungspersonals muss kritisch und realistisch analysiert werden. Dies sind alles Negativpunkte, welche die Frage aufwirft: Lohnt sich das?

Neuste Erkenntnisse, man darf sie durchaus als Alarmglockenläuten bezeichnen, erreichen uns derzeit aus der Stadt Zürich. Besorgte, unsichere, aber auch erzürnte Eltern wehren sich gegen die überfüllten Krippen und Horte mit zu geringen Platzverhältnissen und zu tiefem Personalbestand. Seit in Kraft treten der gesetzlichen Bestimmungen, dass jedes Kind in der Stadt Zürich Anrecht auf einen Betreuungsplatz hat, entstehen dort aus der Not Betreuungssituationen, die nicht mehr tragbar sind. Weder für Kinder, noch für Eltern und Institutionen geht der Plan auf. Es leiden einfach nur noch alle, und die Eltern haben nicht mehr die Gewähr, dass ihr Kind trotz gleichbleibender Elternbeiträge sicher, kompetent und den Anforderungen entsprechend betreut wird. Es geht mir hier nicht um diese Elternbeiträge, sondern in erster Linie um die Kinder und das Betreuungspersonal. Wenn durch Krankheit zusätzliches Personal ausfällt, droht das Ganze zu eskalieren.

Wenn wir weiterhin auf gutes Personal und Kindertagesstätten mit gutem Ruf bauen wollen, dann kommen wir nicht darum herum, hier den Sparstrumpf gar nicht erst einzuführen und am jetzigen Betreuungsschlüssel festzuhalten. Es sind die Richtlinien des Bundes, und wenn wir weiter auf die Anschubfinanzierung und die Bundessubventionen für neue Institutionen festhalten wollen, gibt es so oder so keine Alternative. Hinzu kommt, dass die verschiedenen Berufsverbände und vermehrt auch die Gewerkschaften sich vehement gegen Qualitätseinbussen in den Betreuungsstätten einsetzen und in Zukunft die Entwicklung noch straffer und strenger beobachten werden. Die Stadt Schaffhausen ist auf gutem Weg, helfen auch Sie den eingeschlagenen Weg zu erhalten und lassen Sie sich nicht auf Kosten der Kinder auf Abwege bringen. Ich werde bei Antrag 3 der Spezialkommission einen Antrag stellen und zähle auf Ihre Unterstützung. Wir können uns aufgrund der eben aufgeführten Argumente eine Vorlage sparen, dann sparen wir auch. “

SR Urs Hunziker

Stellungnahme

”Es scheint heute so zu sein, dass die Bildungs- und Betreuungsthemen in der systematisierten Leistungsanalyse zu Diskussionen Anlass geben. Bei dieser Massnahme geht es nur um die Überprüfung, ob der Betreuungsschlüssel überhaupt angepasst werden könnte. Die Zahlen können Sie aus der Vorlage ersehen, ich wiederhole sie an dieser Stelle nicht mehr. Es sind erhebliche Einsparungen im Rahmen von CHF 200'000.-- möglich. Ob damit tatsächlich eine Qualitätsverminderung verbunden ist, möchte ich vertieft überprüfen lassen. In den Sonderklassen im Kanton Schaffhausen haben wir eine maximale Kinderzahl von 12 Kindern, das war bis anhin noch nie umstritten. Jetzt soll mir mal jemand sagen, warum in einem Kinderhort nicht überprüft werden kann, ob es allenfalls, vielleicht und unter Umständen zulässig wäre, den Betreuungsschlüssel von 10 auf 12 Kinder zu erhöhen, abgesehen davon, dass in den meisten Fällen noch Praktikantinnen den Ausgelernten zur Seite stehen. Der Betreuungsschlüssel bezieht sich auf ausgebildete Fachkräfte. Was in einer Sonderklasse möglich ist, müsste man wenigstens auch hier überprüfen können. “

Wortmeldung zu Seite 33, Andi Kunz (AL):**Bestattungen:**

"Mit Massnahme 14 stellt der SR die Frage, ob sich die Angehörigen von Verstorbenen mit einem Beitrag von CHF 300.-- an den Sargkosten beteiligen sollen. Stellen Sie sich vor, da ist unter den Kondolenzschreiben auch ein Brief der Stadt, und dieser enthält anstelle von tröstenden Worten einen Einzahlungsschein. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich störe mich nicht so sehr an der Höhe der vorgeschlagenen Bestattungspauschale, sondern vielmehr an der Symbolik dieser Massnahme. Meiner Auffassung nach ist der Umgang eines Gemeinwesens mit den Verstorbenen und ihren Hinterbliebenen in erster Linie eine Frage der Wertschätzung – eine Wertschätzung gegenüber den Mitgliedern dieser Gemeinschaft, die sich im Grossen und im Kleinen für das Gemeinwohl engagiert haben, sei es in Vereinen, in der Nachbarschaftshilfe und als Steuerzahler. Da halte ich es für angemessen und angebracht, dass das Gemeinwesen sich wie bis anhin als Geste der Dankbarkeit und der Wertschätzung an den Bestattungskosten ihrer Mitglieder beteiligt. Wie heisst es so schön: Im Umgang mit den Toten spiegelt eine Gesellschaft den Umgang mit den Lebenden wider.

Ich möchte Sie einladen, meinem Antrag zu folgen, die Massnahme 14 gemeinsam zu Grabe zu tragen, sprich ersatzlos aus der Vorlage zu streichen. Ich werde diesen Antrag im Anschluss an denjenigen von Christa Flückiger stellen. Ich streite nicht ab, dass sich mit der Realisierung der Massnahme die Stadtrechnung um einige Franken erleichtern liesse. Unsere Stadt würde gleichzeitig aber auch etwas verlieren, das meiner Ansicht nach weit wertvoller ist als der bescheidene Sparbeitrag, nämlich die Grösse, ihre Mitglieder als Zeichen der Wertschätzung auf Kosten der Gemeinschaft zu bestatten. Es wäre ein Armutszeugnis für unsere Stadt, wenn die Hinterbliebenen Leichenhemd und Kissen für die letzte Ruhestätte ihrer Verstorbenen aus Spargründen selber zur Bestattung mitnehmen müssten. Behalten Sie bitte das Grosse im Auge, und geben Sie sich nicht Versuchung hin, mit einem kleinen Sparschnitt Grosses zu zerstören. "

SR Peter Neukomm**Stellungnahme**

"Die Verrechnung eines Anteils der Bestattungskosten zu Lasten des Nachlasses eines Verstorbenen ist eine heikle und emotionale Frage; gerade deshalb haben wir Ihnen diese Frage unterbreitet. Man kann unterschiedliche Meinungen vertreten, zum Beispiel, dass ein Verstorbener während seinen Lebzeiten diese Bestattungskosten mit den Steuerzahlungen abgegolten hat. Es ist eine Grundsatzfrage, lassen Sie mich Folgendes ergänzend hinzufügen: Es geht prinzipiell nicht um den Umgang mit Verstorbenen, sondern diejenigen, die verzichten müssen, sind die Hinterbliebenen, deren Nachlass belastet wird. Der Betrag von CHF 300.-- entspricht rund einem Sechstel bis einem Siebtel der effektiven Sachkosten der Bestattung (Sarg, Kissen, Hemd, Kremation, Namenstafel, bei normaler Urnenbestattung rund CHF 2'000.--). Der Personalaufwand wird weiterhin nicht berücksichtigt. Sonderwünsche wie Orgelspiel und Blumenschmuck werden bereits heute separat in Rechnung gestellt, es ist nicht einfach alles gratis, was mit einer Bestattung zu tun hat. Durch die vorgängigen Aussagen wurde dieser Eindruck erweckt. Die pauschale Beteiligung des Nachlasses an den Bestattungskosten kennen diverse Gemeinden, die Stadt Schaffhausen braucht sich deswegen nicht zu schämen. Es gibt Gemeinden, die auch in unserem Kanton hohe Kosten verrechnen. Ramsen verrechnet CHF 1'600.--, Beringen CHF 500.-- bis 1'000.--, Hallau CHF 600.--. Neuhausen und Stein am Rhein verlangen CHF 90.--, Thayngen CHF 200.--. Es gibt zugegebenermassen auch Gemeinden, die nichts verlangen, wie Büttenhardt, Dörflingen, Merishausen und

Wilchingen. Auch die Stadt Zürich verrechnet gar nichts, sofern keine Sonderwünsche bestehen, aber für das Orgelspiel wird eine Rechnung verschickt. Heute geht es um eine Änderung des städtischen Bestattungsreglements, in Art. 5 sind die unentgeltlichen Leistungen aufgeführt, in Art. 6 die kostenpflichtigen. Der Pauschalbetrag von CHF 300.-- ist sehr moderat und ein kleiner Teil der entstehenden Bestattungskosten. Ich respektiere aber auch eine andere Meinung. “

ANTRÄGE

Der 1. Vizepräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP), verliest den Bericht und die Anträge der SPK vom 7. März 2011 wie folgt:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates “Systematisierte Leistungsanalyse (SLA) Massnahmenpaket 1” vom 3. August 2010 und vom Bericht der Spezialkommission vom 7. März 2011. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, die Massnahmen 1, 2, 4 und 5 aus Kapitel 5.3 der Vorlage im Sinne der Empfehlungen zu realisieren und Massnahme 11 nicht zu realisieren. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, für die Massnahmen 3, 6, 7, 8, 9, 12, 13 und 14 aus Kapitel 5.3 der Vorlage, die für einen definitiven Entscheid erforderlichen Vorlagen auszuarbeiten und dem Grossen Stadtrat zu unterbreiten.

Antrag von Christa Flückiger (SP):

“Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, für die Massnahmen 3, 6, 7, 8, 9, 12 und 14 aus Kapitel 5.3 der Vorlage, die für einen definitiven Entscheid erforderlichen Vorlagen auszuarbeiten und dem Grossen Stadtrat zu unterbreiten. Massnahme 13 ist ersatzlos zu streichen. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt mit 20:7 Stimmen den Antrag ab.

Antrag Andi Kunz (AL):

“Die Massnahme 14 ist ersatzlos zu streichen. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt mit 19:9 Stimmen den Antrag ab.

4. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, die Massnahme 10 zu streichen und nicht weiter zu verfolgen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Schlussabstimmung

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrats vom 3. August 2010 und die Anträge der Spezialkommission vom 7. März 2011 mit 26 : 0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Mitteilung des Ratspräsidenten:

„Wegen technischer Probleme haben wir die Ratssitzung für eine gute halbe Stunde unterbrechen müssen. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird Traktandum 2 an der nächsten Ratssitzung behandelt. Ich habe mich aber entschlossen, Traktandum 3 kurz anzusprechen und bitte Walter Hotz (FDP) ans Rednerpult.“

Walter Hotz (FDP) zu Traktandum 3:

„Als Ratspräsidentin oder als Ratspräsident haben Sie die Ehre, an der ersten und letzten Sitzung des Amtsjahres sowohl ihre persönlichen Ziele als auch einen Rückblick ihrer Tätigkeit kund zu tun. Auch ich durfte im Jahre 2004 diesem Rat vorstehen und stand ein Jahr unter scharfer Beobachtung von Bernhard Egli und Peter Möller - die zwei Herren sassen unmittelbar vor mir - und dem ganzen Rat. In meinem seinerzeitigen Rückblick versuchte ich, den Rat auch auf seine Ratstätigkeit aufmerksam zu machen. Ich zitiere aus meinem Votum an der 16. Ratssitzung vom 14. Dezember 2004 wie folgt:

Die Belastung unseres Sekretariats ist in den letzten Jahren sehr stark angestiegen. Dies hat sich bereits schon beim Vorgänger von Frau Behring mit den Überzeiten abgezeichnet. Wünscht der Rat auch in Zukunft den gleichen Service (Wortprotokolle), so kommen wir auch in unserem eigenen Laden nicht um Reformen herum. Mein Vorschlag wäre, dass eine 5er- oder 7er-Kommission vom neuen Büro bestimmt wird, um die Situation zu analysieren und dem Rat Vorschläge zu unterbreiten.

Zu prüfen sind nach meiner einjährigen Beobachtung als Ratspräsident zum Beispiel: Möglichkeiten mit den neuen Kommunikationsmitteln wie Email (heute Morgen funktionierte das Tonband nicht), muss das Arbeitspensum von 50% erhöht werden? Sind Wortprotokolle nötig oder würden Beschlussprotokolle genügen? Ist es möglich, das Ratssekretariat der Stadtkanzlei anzugliedern oder müssen wir bei grossen Debatten (Rechnung/Budget) einen freien Mitarbeiter für die Protokollführung zuziehen? Alles Fragen, die geklärt werden müssen, um noch wirkungsvoller zu werden.

Nun, das einzige, was mit meinem Denkanstoss im darauf folgenden Jahr sofort umgesetzt wurde, ist das Arbeitspensum des Sekretariats; es wurde umgehend von 50% auf 60% erhöht. Weitere Synergien auf Effizienz und Kostenreduzierung wurde von den nachfolgenden Ratspräsidentinnen und -präsidenten sowie ihren Büromitgliedern bis heute nie angepackt. Im Gegenteil, heute ist es so, dass das Büro mit der Präsenz des Stadtschreibers an ihren Bürositzungen die Stadtkanzlei, sprich städtische Verwaltungskosten, zusätzlich belastet.“

An dieser Stelle erfolgt ein **Ordnungsantrag von Urs Tanner (SP)**.

Der **Ratspräsident** informiert daraufhin, dass er dem Postulanten das Wort erteile, weil dieser signalisiert habe, sein Verfahrenspostulat zurückzuziehen und bittet Walter Hotz (FDP) seine Ausführungen zügig zu beenden; es sei keine Debatte über den Vorstoss vorgesehen, sondern nur eine kurze Wortmeldung zum geplanten Rückzug. Damit wäre das Geschäft erledigt.

Wiederaufnahme des Votums von Walter Hotz (FDP):

„Zu meinem Verfahrenspostulat Integration des Ratssekretariats in die Stadtkanzlei vom 21. Dezember 2010. Ich gebe zu, dass der Haupttitel nicht glücklich gewählt ist,

nach heutigem Kenntnisstand wäre der Titel Organisation des Ratssekretariats besser gewesen. Nichtsdestotrotz habe ich mich entschlossen, meinen Vorstoss zurückzuziehen, mit folgender Begründung. Die von mir in der schriftlichen Begründung genannte Stelle Sekretariat in der Stadtkanzlei wurde zwischenzeitlich mit einer 100%igen ad interim Lösung überbrückt und wird mit einem 70% Festpensum wieder besetzt; also ist mein Vorschlag gar nicht umsetzbar. Das Einzige, das ich mit meinem Vorstoss erreicht habe, ist die Tatsache, dass sich die Stadtkanzlei durchgerungen hat, diese Funktion um 30 Stellenprozent zu reduzieren. Über die von mir genannten Mehrkosten des Grossen Stadtrats und der Stadtkanzlei können wir uns anlässlich der Rechnungsdebatte unterhalten. Dazu braucht es das Verfahrenspostulat nicht. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und mache den Rest jetzt nicht, damit sich die Gemüter beruhigen können. “

Peter Möller (SP) zum Vorgehen betreffend Traktandum 3:

”Entweder macht man einen kurzen Rückzug oder man spricht zum Vorstoss, aber dann soll dieser auch behandelt werden, damit auf die Äusserungen reagiert werden kann. “

SCHLUSSWORT DES RATSPRÄSIDENTEN:

Neu eingegangene Vorstösse während der Sitzung:

1. Postulat von Res Hauser (JFSH): Sponsoring soll vermehrt als Einnahmequelle genutzt werden, Eingang 24.05.2011
2. Postulat Till Hardmeier (JFSH): Zusammenarbeit senkt Kosten und bringt Vorteile, Eingang 24.05.2011
3. Kleine Anfrage von Dr. Cornelia Stamm Hurter/Hermann Schlatter (SVP): Aufwertung der Poststelle 8204 Schaffhausen/Breite, behindertengerechter Zugang zu städtischen Liegenschaften, Eingang 24.05.2011

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 7. Juni 2011, um 18 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:40 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring